Sehr geehrte xxx,

ich wende mich an Sie mit einer Anfrage und Bitte, die sich auf die staatliche Finanzierung der Kirchen (im Schwerpunkt Kath./Ev.) durch den Staat bezieht.

Jahr für Jahr erhalten die evangelische und die katholische Kirche vom Bund mehr als eine halbe Milliarde Euro Staatsleistungen. Grundlage hierfür sind Entschädigungszahlungen, die den Kirchen aufgrund von Enteignungen zugesprochen wurden, die teilweise bis zu den napoleonischen Kriegen und sogar bis zur Reformation zurückreichen. Eine Gesetzesinitiative, die bereits 1919 dafür sorgen sollte, diese Praxis zu ändern wurde bis heute nicht umgesetzt.

Durch die aktuelle Aufarbeitung hat sich abermals gezeigt, dass die Kirchen strukturell sexualisierte Gewalt in ihren Reihen begünstigen und vertuschen. Zugleich mussten aktuell viele Unterstützungseinrichtungen für gewaltbetroffene Frauen und Kinder kompetente Kolleg\*innen entlassen, weil die Finanzierung gekürzt wurde. Wir möchten Sie als Mitglied des Bundestags auffordern, sich für ein Ende der staatlichen Kirchenfinanzierung einzusetzen und sich an die Seite der Betroffenen zu stellen: Die frei werdenden finanziellen Mittel könnten direkt in Beratungsangebote für Betroffene von sexualisierter Gewalt fließen.

Hintergründe:

Die vielen vertuschten Missbrauchsfälle, die durch die bisher öffentlich bekanntgewordenen Missbrauchsgutachten zum Thema wurden, sind nach wie vor nur die Spitze eines Eisbergs.

Die kirchlichen Strukturen sind maßgeblich für die Möglichkeiten zum Missbrauch und für die Vertuschung bzw. dafür, Sexualstraftäter zu decken und in sehr vielen Fällen wurde ja nicht nur vertuscht, sondern die Betroffenen wurden außerdem der Lüge bezichtigt und weiter gedemütigt.

Im Kindesalter sexuell missbrauchte Menschen benötigen häufig auch im Erwachsenenalter, nicht selten ihr Leben lang, stabilisierende Beratung und Unterstützung, um ihr Leben meistern zu können.

Auch wenn Deutschland die Istanbul-Konvention (Übereinkommen des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt vom 11. Mai 2011) endlich im Jahr 2018 unterzeichnet und damit das Gesetz auch für Deutschland in Kraft gesetzt hat, fehlt es nach wie vor in der Praxis eklatant an finanziellen Mitteln, um von Gewalt betroffenen Frauen und Mädchen (hierauf bezieht sich die Istanbul-Konvention) einen Zugang zu angemessenen und vor allem flächendeckenden Unterstützungsangeboten bieten zu können.

Angebote für gewaltbetroffene Männer zu schaffen, wird als „Empfehlung“ in der Istanbul-Konvention erwähnt, gehört jedoch nicht zu den eingegangenen gesetzlichen Verpflichtungen.

Die seit Jahren andauernden Kirchenaustritte und die verbliebene Anzahl an Mitgliedern der Katholischen und Evangelischen Kirche rechtfertigen unter den gegebenen Umständen aus meiner Sicht in keiner Weise mehr die geltende Praxis,

* dass Deutschland als Staat den Kirchen jährlich die direkten Staatsleistungen (ohne Gegenleistung) als Länderzuschüsse zahlt
* dass Deutschland als Staat den Kirchen den Einzug der Kirchensteuer und die damit verbundenen Verwaltungsleistungen finanziert.

Unberücksichtigt lasse ich hier die teilweise sehr unterschiedlich gehandhabten Zuwendungen öffentlicher Träger für konfessionelle Einrichtungen wie Schulen und soziale Angebote. U.a. hier können Sie nachlesen, in welcher Höhe Kirchen aktuell durch öffentliches Geld finanziert werden:  <https://www.tagesspiegel.de/politik/abloesung-der-staatsleistungen-an-kirchen-wie-das-parlament-seit-102-jahren-einen-verfassungsauftrag-ignoriert/27162718.html>

Im Koalitionsvertrag heißt es „Wir schaffen in einem Grundsätzegesetz im Dialog mit den Ländern und den Kirchen einen fairen Rahmen für die Ablösung der Staatsleistungen.“ (S.111)

Wir nehmen Sie beim Wort und bitten darum, Entwürfe vorzulegen, die Betroffene und ihre Unterstützungs-Strukturen stärken!

Ich würde mich sehr freuen, wenn Sie eine Möglichkeit sehen, das Thema zu befördern und reale Veränderungen zu erreichen. Gerne bleibe ich im Austausch und stehe auch gerne für Rückfragen zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen ....